

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

59 (20.5.1947)

Verlag: Badische Druck GmbH, Karlsruhe, Lammstraße 15-3, Tel. 493133, Ausgaben für Karlsruhe, Rhe.-Land, Pfalz (Obersteinstr. 18) u. für Bruchsal, Friedrichstr. Kaufh. Schardt.

BADISCHE

Karlsruhe, Dienstag, 20. Mai 1947

Einzelverkaufspreis 20 Pfg., Monats-Bezugspreis RM 2.20, Post- und Zustellgebühren, Anzeigenpreis: Die 10gesp. Nonp.-Zeile RM 2.-, Ausg. Pforz. RM 1.-, Amtl. Anz. d. Hälte.

NEUESTE NACHRICHTEN

Dr. Schumacher: „Die deutsche Armut ist der Grund zur europäischen Armut“

Arbeiten kann nicht, wer hungert — Zweizonen-Abkommen als Konsequenz von Moskau — Die SPD ist nicht wegzudenken aus der internat. Friedenspolitik

Kassel, 19. Mai (DENA). Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, sprach hier am 18. d. Mts. in einer SPD-Versammlung vor rund 35 000 Personen über „Moskau und der Friede“ und die Lage in Deutschland. „Wir sehen in Moskau“, so sagte Schumacher, „daß der östliche Teil der Sieger eine schnelle Lösung der deutschen Frage verzögern möchte. Man hat sich über die Dinge, die den Siegern wichtig waren, nicht einigen können. Beseitigend sei das Argument in Moskau, daß man im Ruhrgebiet erst leben, in der sowjetischen Zone vorbildlicherweise 90 Prozent der Industrie demontiert habe.“

Heute protestierten die Kommunisten gegen das Zweizonenabkommen. Für uns war dieses Abkommen immer nur ein erster Schritt, den anderen stand es frei beizutreten. Das Zweizonen-Abkommen ist nur eine Konsequenz der Moskauer Konferenz. Die Mächte, die dem Zweizonen-Abkommen nicht beigetreten sind, wollen von Deutschland nur nehmen. Wir wollen Reparationen zahlen, aber um Reparationen zu zahlen, müssen wir arbeiten können, und um arbeiten zu können, müssen wir leben und nicht hungern.“

Nicht wieder 14 Punkte Wilsons
Wenn heute Europa als Produzent ausfällt, fällt es morgen als Konsument aus. Deutsche Armut sei der Grund der europäischen Armut.

Die USA werden mit europäischer Armut vor der Tür ihre Wirtschaft nicht aufrechterhalten können. Wir müssen uns vorsehen in der Welt, daß die Atlantik-Charta nicht das Schicksal der 14 Punkte Wilsons erleidet.“
Die Reaktion des deutschen Volkes auf den furchtbaren Winter hätte bei der Wahl in der britischen Zone, wie Schumacher weiter ausführte, einfach der kommunistische Stimmzettel gewesen sein können. Aber nicht einmal zehn Prozent der abgegebenen Stimmen seien auf die KPD entfallen. Das zeige ganz deutlich, daß die Deutschen eine Demokratie wollen, aber eine den deutschen Verhältnissen angepaßte.

„Im Osten kommt die SPD auch“
Die Kommunisten wären schon zusammengebrochen, fuhr er fort, und auch im Westen wäre das Kartenhaus zusammengefallen, wenn nicht eine andere Macht hinter ihnen stände. „Wenn wir die SED mit ihren Hunderttausenden hineingepreßter Sozialdemokraten als Verhandlungspartner anerkennen, dann öffnen wir diese Sozialdemokratie. Wer den Namen SED annimmt, akzeptiert auch den gemeinsten Art politischer Notzucht. Im Osten kommt die SPD, auch, wir haben Zeit und wir werden es rechtfertigen können.“
Die Einladung zur Ministerpräsidentenbesprechung in München, so erklärte Schumacher weiter, hat einen Zweck.



Plagt dich der Hunger uncutwert, ein gutes Buch nicht Wurzel schlägt.

Im Telegrammstil

Southampton. Thomas Mann erklärte am Bord der „Queen Elizabeth“, die auf dem Atlantik die deutsche Föderation, die auf demokratischem Sozialismus basiert. Dieses Deutschland, fügte er hinzu, „würde Mitglied der europäischen Föderation und später der Weltföderation werden, die wie ich hoffe, eines Tages ohne einen neuen Krieg erreicht wird.“ (DENA-Reuters)
London. Ein Sprecher des spanischen Thronwärters Don Juan demolierte am 17. d. Mts. die Behauptung des Labourabgeordneten Dr. Follick im britischen Unterhaus, wach Don Juan bei der Schaffung einer verfassungsmäßigen Monarchie in Spanien mit Franco zusammenarbeiten wolle. (DENA)
London. Die „Pravda“ beschuldigt am 18. d. Mts. die Vereinigten Staaten der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs. (DENA-Reuters)
London. Der frühere britische Außenminister Anthony Eden erklärte am 17. d. Mts. zu der dringenden Notwendigkeit einer Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft, sei unerlässlich, daß Großbritannien, nachdem in Moskau keine Einigung erzielt worden sei, gemeinsam mit den USA und Frankreich, eine starke wirtschaftliche Grundlage für die Westzonen Deutschlands schaffe. (DENA)
Paris. Die Pariser Morgenblätter meldeten am 17. d. Mts. die Kürzung der „Brotquoten“ in zwei Kreisen Süd-Frankreichs auf 100 Gramm. (DENA-INS)
Berlin. Eine Bombe wurde am 16. Mai durch ein Fenster der blauen Sowjetgesandtschaft geworfen. (DENA-Reuters)
Kopenhagen. Die Vereinten Nationen haben die Schaffung einer internationalen Überstaatlichen Schiffahrtsgesellschaft angeordnet, die bei der Behandlung wichtiger Fragen der Seefahrt eine „beratende Funktion“ ausüben solle. (DENA-Reuters)
Wien. Der Viermächteausschuss für den österreichischen Staatsvertrag hat sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß bei den Besprechungen über die deutschen Vermögenswerte in Österreich österreichische Sachverständige zugelassen werden. (DENA-Reuters)
Athen. König Paul von Griechenland hat am Montag die Gnadenegende der General Bruno Bauer, ehem. Befehlshaber der deutschen Truppen auf Kreta, und seines Stellvertreters, General Müller, abgelehnt. (DENA-Reuters)

Byrnes sagt: „Es wird zu viel von Krieg geredet“

Washington, 19. Mai (DENA-Reuters). „Sowohl in der Sowjetunion wie in den Vereinigten Staaten wird zu viel von Krieg und zu wenig von Frieden geredet“, erklärte der frühere amerikanische Außenminister James F. Byrnes am 17. Mai, als ihm von einer Anzahl internationaler Clubs eine Auszeichnung für seine „unermüdeten Bemühungen um den Weltfrieden“ verliehen wurde. Er fügte hinzu: „Ich bestreite, daß ein Konflikt unvermeidlich ist. Das sowjetische Volk wünscht keinen Krieg. Sollte es zu einem Krieg kommen, dann nicht, weil ihn die Völker wünschen, sondern auf Grund der Unfähigkeit derjenigen, die die Welt regieren. Aber ich glaube auch nicht an einen Bankerrott der Diplomatie, im Gegenteil: Wir können Frieden machen und Frieden halten.“

Übergabe der Kohlenkontrolle an deutsche Stellen erwartet

Essen, 19. Mai (DENA-Reuters). Von Seiten der North German Coal Control (NGCC) wird erwartet, daß die deutsche Regierung im Laufe des Monats die Übergabe der Verantwortung für die deutsche Kohlenproduktion an deutsche Stellen zur Erörterung und Annahme vorlegen werden, teilte der Leiter der NGCC, General Gillman, am 17. Mai in einer Pressekonferenz mit.

Landtagswahlen in der franz. Zone - Vorläufige Ergebnisse

Starke Verluste der CDU/CSU — Ein Stimmenzuwachs der SP — Bedeutende Gewinne von DVP/LDP

CDU	SP	DVP/LP	KP	SV
982 913	571 433	198 733	159 703	42 037
Wahlberechtigt 2 984 312, gültige Stimmen 1 954 819, ungültig 207 873, Wahlbeteiligung 72%.				
Bei der Kreisratswahl 13. Oktober 1946:				
1 159 864	527 349	137 911	161 561	57 789
Südbaden: Stimmen:				
239 285	95 818	60 976	31 701	—
Wahlteil. 67.6%; Verfassung: Ja-Stimmen: 296 954, Nein-Stimmen: 140 188, Wahlteil. 67.6%.				
Südwürttemberg:				
32 (40)	12 (14)	11 (7)	5 (4)	—
Rheinland-Pfalz: Stimmen:				
538 701	397 065	70 772	100 466	42 037
Wahlteil. 78%; Verfassung: Ja-Stimmen: 533 703, Nein-Stimmen: 483 173; Schulartikel: Ja-Stimmen: 525 271, Nein-Stimmen: 500 888; Wahlbeteiligung 77.2%.				
Rheinhausen: Stimmen:				
55 182	57 763	19 191	17 173	—
Verfassung: Ja-Stimmen: 66 724, Nein-Stimmen: 75 894; Schulartikel: Ja-Stimmen: 44 288, Nein-Stimmen: 89 800.				

Badische Regierung zurückgetreten
Baden-Baden, 19. Mai (DENA). Der Präsident des badischen Staatssekretariats, Wohleb, hat am Samstag in einem Schreiben an den „Commissaire de la republique, delegue superieur“, den Rücktritt der provisorischen badischen Regierung angeboten.
In der Antwort wurde der Präsident des Staatssekretariats gebeten, bis zur Bildung einer neuen Regierung die laufenden Geschäfte weiterzuführen.
Wohleb wies in seinem Schreiben darauf hin, daß durch die Landtagswahl das Mandat der provisorischen Regierung als abgelaufen zu betrachten sei.

Die Ernährungsfrage im Ruhrgebiet kann zum Chaos in den Westzonen führen

Brit. Pressestimmen: „Gegenwärtige Krise muß behoben werden“

London, 19. Mai (DENA-Reuters). Die britische Wochenschrift „Tribune“ schreibt zur Lebensmittellage im Ruhrgebiet, „der Punkt ist nahezu erreicht, wo es in Großbritannien hinsichtlich der brit. Zone bereits geschehen sei.“
Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz wurde der Gouverneur um seine Stellungnahme zu der kürzlich veröffentlichten Mitteilung gebeten, wonach Italien und Dänemark die Einfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland angeboten hätten, die amerikanische Militärregierung jedoch diese Angebote ablehnte.
Sewall erklärte hierzu, daß die angebotenen Waren im Vergleich zu ihrer Kalorienzahl zu teuer gewesen seien. Es müsse dafür Verständnis aufgebracht werden, daß die Amerikaner, die ja nicht nur Deutschland zu versorgen hätten, versuchen, mit ihrem Geld möglichst weit zu reichen und preiswertere Waren einzuführen als von diesen Ländern angeboten wurden. Importe aus Ländern, die diese Voraussetzungen erfüllten, seien ohne weiteres genehmigt worden. So seien erst vor kurzem Fische aus Norwegen, Saatkartoffeln aus der Tschechoslowakei und aus Holland eingeführt worden. Auf den Zwischenfall, daß neben anderen Gründen auch die doppelte Sommerzeit sich auf die Fetteproduktion ungünstig auswirke, erklärte Gouverneur Sewall, er sammle bereits Tatsachenmaterial über Nachteile, die sich aus der doppelten Sommerzeit ergeben. Sie sei hauptsächlich aus Kohlenersparnisrunden eingeführt worden. Wenn sich jedoch erweise, daß die entstehenden Nachteile größer als die Vorteile seien, müsse Abhilfe geschaffen werden. Mit dem Vorschlag der Baern, die sich bei der Ablieferung besonders hervorzuheben hätten, eine Prämie etwa in Gestalt von Mangelwarenzuteilungen, landwirtschaftlichen Geräten usw. zu gewähren, erklärte sich der Gouverneur einverstanden.

Die Gewerkschaften lehnen die wilden Streiks etc. ab

Stuttgart, 19. Mai (DENA). Deutsche Gewerkschaftler versicherten am 16. Mai dem Direktor der Militärregierung für Württemberg-Baden, Sumner Sewall, daß sie alles in ihrer Macht stehende tun würden, um wilde Streiks, Demonstrationen oder Arbeitsunterbrechungen wegen der Ernährungsfrage zu verhindern.

Das Land Bayern hat noch genügend Kartoffeln vorrätig

Wer viel hat, gebe dem ab, der nichts hat — 20 000 T. könnten allein nach Württemberg-Baden ausgeführt werden
München, 19. Mai (DENA). Die bayerischen Bauern können noch mindestens 100 000 T. Kartoffeln dem deutschen Verbraucher zur Verfügung stellen, teilte die Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Bayern am 16. Mai als Ergebnis einer Inspektion der Vorräte auf über 700 bayerischen Bauernhöfen mit. Die Ablieferung von Brotgetreide wurde als im allgemeinen befriedigend bezeichnet. Die mitgeteilten Zahlen über die Kartoffelvorräte lassen erkennen, daß Bayern in der Lage ist, sofort 30 000 T. für die Ruhr zur Verfügung zu stellen. Ebenso können 20 000 T. für Württemberg-Baden und mindestens 50 000 T. für die eigene Bevölkerung erübrigt werden.

Politische Zentralisation Deutschlands in Frankfurt nicht unwahrscheinlich

Ein britischer Kommentar zur Verlegung der Zweizonenämter

London, 19. Mai (DENA-Reuters). Die Zentralisierung der Zweizonenämter für Ernährung und Landwirtschaft, Finanzen, Transport und Wirtschaft der vereinten britisch-amerikanischen Zonen nach Frankfurt, wird nach Ansicht politischer Beobachter in London diese große westdeutsche Stadt rasch zu einer Wirtschafts- und Verwaltungshauptstadt der beiden größten westlichen Zonen Deutschlands machen.
Ob Frankfurt im Rahmen dieser Maßnahmen unvermeidlich auch die politische Hauptstadt eines mehr oder weniger dauernden von der sowjetischen Besatzungszone abgetrennten Westdeutschlands werden wird, ist in den vergangenen Tagen häufig diskutiert worden. Es wird als unwahrscheinlich angesehen, daß vor der nächsten Außenminister-Konferenz eine klare Entscheidung über diese Frage gefaßt wird. Es könne jedoch möglich sein, so schreibt der Reuter-Korrespondent, daß es durch die dringende Notwendigkeit der Wirksamkeit der Zweizonenämter zu steigern, um im kommenden Winter einen wirtschaftlichen Zusammenbruch in Westdeutschland zu verhindern, notwendig wird, eine politische Zentralisierung vorzunehmen.
Während es durch die allgemeine

Richtung der anglo-amerikanischen Reorganisation Westdeutschlands möglich erscheint, daß die Teilung zwischen Ost und West wenigstens vorübergehend stärker werde, hätten sich in der vergangenen Woche neue Möglichkeiten zur Überbrückung dieser Trennung, wenn auch nur auf wirtschaftlichem Gebiet, gezeigt. Die vor kurzem durchgeführten Handelsbesprechungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion hätten einen optimistischen Eindruck über die Möglichkeiten eines Warenaustausches, der beiden Ländern bei ihrem Wiederaufbauprogramm helfen würde, hinterlassen, wenn es auch zu keinem endgültigen Abkommen gekommen sei.

Anglo-amerik. Kompromiß-Vorschläge

Berlin, 19. Mai (DENA-Reuters). Der britische Außenminister Ernest Bevin hat die Kompromiß-Vorschläge für die wirtschaftliche Verwaltung der wirtschaftlich vereinigten britischen und amerikanischen Zonen angenommen. Die Vereinbarungen sehen gemeinsame Anleihen zur Ankurbelung der deutschen Wirtschaft, eine genaue Festlegung der Befugnisse der bizonalen Ämter, sowie die Einsetzung eines Wirtschaftsrates vor.
Die Vorschläge wurden von dem Militärgouverneur der amerikanischen Zone, General Lucius D. Clay, und dem stellvertretenden Oberbefehlshaber der brit. Zone, General Sir Brian Robertson, ausgearbeitet und enthalten drei wichtige Punkte:
1. Ein Abkommen über die gemeinsame Verwendung britischer und amerikanischer Gelder, um die deutsche Industrie und den deutschen Außenhandel in Gang zu bringen.
2. Ein Abkommen, das das Ausmaß der Ausführungen und gesetzgebenden Gewalt der fünf bizonalen Verwaltungsämter genau festlegt.
3. Ein grundsätzliches Abkommen über die Einsetzung eines Wirtschaftsrates, dessen Machtbefugnisse im einzelnen noch ausgearbeitet werden müssen.

Militärbehörden Heidelberg gegen Zuzug weiterer Dienststellen

Heidelberg, 19. Mai (DENA). Der hiesige Oberbürgermeister Dr. Hugo Swart teilte dem Stadtrat am 14. Mai mit, daß er über die angelegte geplante Verlegung amerik. Dienststellen von Frankfurt nach Heidelberg eine Besprechung mit der Militärregierung gehabt habe, in der diese sowie alle anderen militärischen Dienststellen der Stadt die Meinung vertreten haben, daß eine weitere Belegung der Stadt mit Dienststellen der Besatzungsmacht nicht durchführbar sei.

Finanzlage der Länder in US-Zone

Berlin, 19. Mai (DENA). Um 114 Mill. Mark überstieg im Februar 1947 die Einnahmen der vier Länder der US-Zone ihre Ausgaben, teilte die amerikanische Militärregierung für Deutschland mit. Danach betrugen die Gesamtausgaben 534 Mill. Mark und die Einnahmen 648 Mill. Mark. Der Überschuss war in Württemberg-Baden 31 Mill. Mark.

Kurz beleuchtet

Den Landtagswahlen in der französischen Zone am 18. Mai kam eine besondere Bedeutung zu. Im September und Oktober 1946 ging es um die Gemeindevorwahlen, im November 1946 um die Beratenden Landesversammlungen, die keine gesetzgebende Befugnis hatten. Diesmal wurden die Parlamente gewählt, wurde über die Verfassungen abgestimmt, zunächst zu diesen. Sie wurden in Südbaden, in Württemberg-Hohenzollern und in der Rheinpfalz unter starker Opposition angenommen, im wesentlichen mit den Stimmen der CSU, in Rheinhausen wurde die Verfassung nebst Schulartikel abgelehnt. Die Landtagswahlen, bei denen die Beteiligung zwischen 50 Proz. bis vereinzelt 80 Proz. schwankte, im Durchschnitt mit 72 Proz. angesichts Sorge, Not und Mangel noch sehr achtsam ist, brachten der CSU eine starke Stimmeneinbuße und entsprechend einen starken Verlust an Sitzen (-30). Die SP gewann stimmenmäßig, verlor aber, im ganzen gerechnet, ebenfalls 7 Sitze, während der Gewinner die DVP/LP ist, die einen bedeutenden Stimmenzuwachs und im ganzen ein Plus von 2 Sitzen verzeichnet. Die KPD vermehrte trotz starker Agitation ihre Wahlzahl nur unwesentlich zu erhöhen, sie gewann in Südwürttemberg 1 Sitz, verlor dafür aber in Rheinland-Pfalz 1 Mandat. Man dürfte in der Annahme nicht fehlgehen, daß der SP das Abgehen von der ursprünglichen Parole „Für Südwürttemberg nur die nordwürttembergische Verfassung“ in Südwürttemberg abträglich gewesen ist. Die Wähler haben erwidert, daß sie einer Radikalisierung abhold sind. Das ist das Positivum der Wahl, das mit der starken Opposition gegen die Verfassung auch eine Bekundung politischer Urteilsreife brachte. Der Aufbau des politischen und staatlichen Lebens in der französischen Zone hat mit der Landtagswahl und der Verfassungsabstimmung des 18. Mai einen vorläufigen ersten Abschluß gefunden, in dem starke Keime des Oppositionellen liegen. W.S.

Robertson zur Ernährungslage

Berlin, 19. Mai (DENA). Der stellvertretende Oberbefehlshaber der britischen Besatzungszone, General Sir Brian Robertson, erklärte am 17. d. Mts.: „Ich habe während der letzten schwierigen Monate viele Male betont, daß die Ernährung der deutschen Bevölkerung mindestens ebenso sehr von dem Erfolg der Besatzungsmächte, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen, abhängig ist.“

NEUESTE NACHRICHTEN

Das Gebot der Stunde

Die Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu einer Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder am 6. und 7. Juni versucht etwas zu erreichen, was längst hätte geschehen sollen: nämlich eine Aussprache aller Leiter der deutschen Länder über vornehmlich wirtschaftliche, dazu aber auch politische Probleme des Tages, zu dem Zweck, die gewonnenen Resultate als Vorschläge den Besatzungsmächten zu übermitteln. Eine Gemeinsamkeit ist in vielem möglich und buchstäblich notwendig wie das liebe Brot. Wenn jetzt versucht werden soll, über die Zonen- und Zonenfragen hinweg das nur irgend mögliche zu verwirklichen, um den Güterausgleich zu beleben, so ist das ein uneheliches Kind zu begründender Schritt. Er hat auch eine hohe politische Bedeutung, denn er ist geeignet, die immer breiter gewordene Kluft zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands zu überbrücken. Drittens wird in München endlich einmal so etwas wie eine Gesamtrepräsentation des deutschen Volkes sprechen. Was man dort sagt, wird aber besonderes Gewicht haben, besonders starke Resonanz im In- und Ausland finden. In dem gewünschten Maße allerdings nur dann, wenn in München wirklich die Stimme Deutschlands vernommen wird. In den Westzonen hat die Einladung Dr. Ehrhards Zustimmung gefunden, die fünf Ministerpräsidenten der sowjetischen Zonen haben bisher leider noch nicht erkennen lassen, ob sie nach München kommen werden. Bleiben sie fern, wird niemand über die Hintergründe im unklaren sein. Es sind 14 Länder, die heute in Deutschland bestehen, es kann und soll in München manches gesagt werden, bel dem zu fordern wäre: Das ganze Deutschland soll es sein! Aus diesem Grunde dürfen Bedenken, ob nämlich die Ministerpräsidenten repräsentativ für Deutschland sprechen können, keine Rolle spielen. Die Argumentation, sie seien nur Sprecher ihrer Länder, die Parteien aber Sprecher für Deutschland, ist nicht ganz stichhaltig. Schließlich sind die Ministerpräsidenten aus den Zonen hervorgegangen, indem sie als Vertrauensleute der Parteien in ihre Ämter berufen wurden. Freilich, solange in der Ostzone die SPD entgegen dem Volkswillen nicht zugelassen ist, kann dort von wirklichem Parteiparlament aus dem Volk hervorgehenden Regierungen nicht die Rede sein. Aber trotzdem: die Not Deutschlands war nie größer als heute, nie war es notwendiger, alle Möglichkeiten zur Überwindung dieser Not in gemeinsamer Beratung zu ermitteln, nie war eine gemeinsame einigliche Kraftanstrengung erforderlicher als heute. Die Ministerpräsidenten wollen den Weg hierzu bahnen, ihr Vorhaben verdient volle Anerkennung und jede Unterstützung. Betrachten die Parteien als autorisierter, so hätten sie einen gleichen Versuch unternehmen sollen. Doch wir wissen alle, daß die Parteigegensätze aus manchen berechneten, aber auch aus manchen nicht ausschlaggebenden Gründen der Würdigung bedürftig sind, wie etwa das Juni-Treffen der Ministerpräsidenten einfach nicht zulassen. Da aber das, was die Ministerpräsidenten mit der Münchener Konferenz wollen, dem Willen des deutschen Volkes entspricht und so von den wiederum den Volkswillen repräsentierenden Parteien wohl nicht nicht gewollt werden kann, würde jede Partei, die nicht ihr Gewicht zu Gunsten der Münchener Konferenz einsetzt, sich selbst eine schwerwiegende und schädliche Verurteilung der Stunde schuldig machen. W. S.

Der Wiener Hungerstreik

Nach einer Mitteilung Wiener Regierungskreise hat eine soeben abgeschlossene österreichisch-amerikanische Untersuchung der Hungerstreikverhältnisse vom 5. bis 17. Mai in Wien folgende Ergebnisse gezeitigt: Seit März 1947 verhandelten die Wiener Ernährungsstellen mit den russischen Besatzungsbehörden über die Transportfreigabe von 10 000 Tonne Weizen, die im Wiener Lager für Wien bestimmt sind, die am 23. April fertiggestellt und übergeben wurde. Am 26. April wurden dann von den 40 000 Tonne freigegeben, die Wien bestimmt sind. Die Untersuchung ergab, daß die Wiener Ernährungsstellen, zudem durch die verspätete Freigabe in die Frühjahrsbestellung der Bauern gerieten und dadurch nur stöckchend verladen wurden. Gleichzeitig schickerte auf russischen Einspruch ein Liefervertrag mit der CSR auf Einfuhr von 20 000 Tonne Saatkartoffeln, die nun aus den Speisekartoffeln herausgesucht werden mußten. Ähnlich blieben Verhandlungen mit der russischen Besatzung über die Transportfreigabe von Vieh, das aus Österreich für Wien bestimmt war, ohne Erfolg. Nachdem die Wiener Nahrungsreserven aufgebraucht und die Aufrufe nicht mehr voll befreit werden konnten, erging am 1. Mai ein Befehl, die Wiener KPO ein (jetzt aufgefundenes) mit „Zentralkomitee der Kommunisten in Österreich“ unterzeichnetes Geheim-Zirkular folgenden Inhalts: „Alarm! Verstärkte Revolutionstätigkeit! Ziel: Zusammenbruch der morsche SPD/OVP-Demokratie!“ Am 5. und 6. Mai kam es zu den bekannten Vorfällen: Demonstranten zogen mit Sprechrohren und Transparenten vor das Bundeskanzleramt, und während einzelne die Hausfassade zu ersteigen begannen, unbehindert von der unbewaffneten Sicherheitswache, forderten die anderen die Beisetzung der Regierung. Neuwahlen, Ausrufung des Generalstreiks und Versuchen, gewaltsam in die Amtsbüchse einzudringen, wobei die unbewaffnete Sicherheitswache unter Pfürufen beiseitegedrängt wurde. Als der Polizeichef von Wien alliierte Militärpolizei anforderte, lehnte der sowjetische Kommandant mit den Worten ab, er sehe keinen Grund zu alliiertem Eingreifen in eine rein österreichische Sache, zumal die aufgebauten österrei-

chischen Polizeikräfte von 4 300 Mann vollauf genügen. Die österreichische Bundesregierung hat zu diesen Untersuchungsergebnissen noch nicht Stellung genommen, sondern lediglich erklärt, sie lasse sich durch den Druck dunkler Elemente nicht von der Durchführung ihres Auftrags abhalten, den sie vom österreichischen Volk in den letzten Wahlen erhalten habe. Sie ersuchte die Alliierten um ausreichende Bewaffnung der österreichischen Polizei und ordnete verstärkte Bewachung und Ausweiskontrolle um das Bundeskanzleramt an, dessen großes Tor geschlossen wurde und dessen Publikumsverkehr sich nun durch eine Notpforte abwickelt. In den Straßen der Stadt patrouillieren Doppelposten. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung der Wiener ÖVP und SPÖ, daß für die Kommunisten die Monate bis zum österreichischen Staatsvertrag entscheidend seien, in denen sie jedes Mittel zu Einsatz brächten. Eine Partei aber, die ihre Maßnahmen durch im Schleichhandel erworbene Lebensmittel zusammenbrächte, habe kein Recht, sich gegen „Ernährungsaboteure“ aufzulehnen. St.

USA zur Finanzierung des Wiederaufbaus deutscher Industrie bereit

London, 19. Mai (DENA-Reuters). „Die Vereinigten Staaten sind darauf vorbereitet, eher früher als später die ganze finanzielle Last für den Wiederaufbau der deutschen Industrie der zusammengeschlossenen britisch-amerikanischen Zone zu übernehmen“, schreibt der Washingtoner Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ am 15. d. Mts. Man äußert, daß unter diesen Umständen die Vereinigten Staaten sich nicht der britischen Politik einer Sozialisierung der deutschen Industrie anschließen werden.

Der Kontrollrat und die Gesetzgebung

Neue Direktive über das Recht der Anwendbarkeit

Berlin, 19. Mai (DENA). Die Direktive Nr. 11, die am 17. d. Mts. vom Kontrollratrat am 29. April genehmigt und unterzeichnet wurde, enthält die folgenden Bestimmungen: Sie hat folgenden Wortlaut: Kontrollratrat, Direktive Nr. 11, Akte der Gesetzgebung und andere Akte des Kontrollrats. Der Kontrollratrat erteilt hiermit folgende Direktive: Der Kontrollratrat übt seine gesetzgebende Tätigkeit in einer der folgenden Formen aus: a) Proklamationen, die dem deutschen Volk Angelegenheiten oder Handlungen von besonderer Wichtigkeit verkünden. b) Gesetze, die wichtige Angelegenheiten von großer Tragweite betreffen, die von dauernder oder zeitweiliger Anwendbarkeit sind oder bestehende gesetzliche Bestimmungen aufheben, ändern oder im wesentlichen außer Kraft setzen. Gesetze sind in der Regel bindend für alle in Deutschland wohnhaften Personen. c) Befehle, die Angelegenheiten von begrenzter Anwendbarkeit oder vorübergehender Natur betreffen. Befehle sind in der Regel bindend für alle in Deutschland wohnhaften Personen. d) Gesetze und Befehle sind die einzigen Akte der Gesetzgebung, die in der Direktive enthalten können, jedoch können Direktiven solche Strafvorschriften erlassen, die von den Zonenbehörden in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der Direktive in Kraft zu setzen sind. Enthält ein Gesetz oder ein Befehl eine Strafvorschrift, so ist, wenn immer möglich, der Strafrahmen anzugeben. Bei der Vorbereitung von Entwürfen zu Gesetzen oder Befehlen nach Maßgabe der Kontrollratratdirektive Nr. 11 hat das Direktorium, von dem der Gesetzesvorschlag ausging, eine Zusammenfassung der Gründe darzulegen, die den Standpunkt hinsichtlich der angemessenen Strafrahmen darlegen. Indessen wird das Justizdirektorium an einer unabhängigen Erwägung der Sache nicht gehindert. 3. Bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen sind die Direktive Nr. 11, die die Ausarbeitung des Entwurfs, vorbehaltlich ausweichernder Anordnungen des Koordinationsausschusses, oder des Kontrollrats, zu bestimmen, welche Form der Gesetzgebung für den betreffenden Text zu wählen ist. Das Justizdirektorium hat die Zustimmung des Direktoriums der Gesetzgebungsvorschlag auszuweisen, zu berücksichtigen, ohne jedoch an sie gebunden zu sein.

Aufrufe für die 1. Woche der 102. Zuteilungsperiode

Stuttgart, 19. Mai (DENA). Für die erste Woche der 102. Zuteilungsperiode vom 26. Mai bis 1. Juni werden nach einer Mitteilung des Verwaltungsamtes für Ernährung und Landwirtschaft für das amerikanische und britische Besatzungsgebiet von Samstag folgende Rationen aufgerufen: 1500 g Brot, 250 g Nährmittel auf Kleinschnitten, 100 g Fleisch auf Kleinschnitten, 500 g Zucker (Kinder über sechs Jahre, Jugendliche und Normalverbraucher über 20 Jahre erhalten 450 g Marmelade auf einen Zuckerschnitt mit Mengenaufdruck 250 g sowie 250 g Zucker auf die übrigen Abchnitte), 65 g Käse auf Käseabschnitt mit entsprechendem Mengenaufdruck, 125 g Kaffeeersatz sowie 50 g Fett in der US-Zone und 75 g Fett in der britischen Zone. Beide Mengen werden auf Kleinschnitten ausgegeben. Die Höhe der Rationen ist für die 102. Zuteilungsperiode in beiden Zonen gleich. Der Unterschied im Aufruf von Fett wird im Laufe der Periode ausgeglichen. Die Ausgabe von Kartoffeln erfolgt je nach Vorratslage.

Förderung eines Vereinten Europas

Winston Churchill: „Unser Ziel ist Vereinigung aller europäischen Nationen“ London, 19. Mai (DENA). Winston Churchill forderte laut INS am 14. Mai in einer Rede die sofortige Bildung einer Organisation zur Förderung eines Vereinten Europas in Großbritannien. Die Organisation müsse ohne Frage die internationale Vormachtstellung der Vereinten Nationen anerkennen. Im Rahmen der in San Francisco niedergelegten Verfassung der UN seien Vorkerungen für die Bildung regionaler Organisationen getroffen worden. Ein vereintes Europa würde eine große regionale Einheit bilden. Anstrengungen seitens Großbritanniens und Frankreichs seien von Anfang an für die Bildung eines Vereinten Europas notwendig.

Abkehr von Streikbewegung gefordert

Der Militärgouverneur von Hessen spricht über den Rundfunk zur deutschen Bevölkerung und kündigt baldige Hilfe aus den USA an

Wiesbaden, 19. Mai (AP). Der amerikanische Militärgouverneur von Hessen, Dr. James R. Newman, sprach am 16. Mai über den Rundfunk zur deutschen Bevölkerung. Das Volk der USA kenne die gegenwärtig in Deutschland herrschende Ernährungs- und Wohnungsnot, und werde alle Anstrengungen gemacht, diese zu bessern. Die jüngsten Berichte über Streiks, Streikdrohungen und einen gewissen Widerstand in der Haltung des Volkes gegenüber den Besatzungsmächten erliefen die Richtlinien hätten jedoch im amerikanischen Kongreß die entschiedene Neigung hervorgerufen, sich weiteren Geldbewilligungen für Lebensmittel für Deutschland zu widersetzen. Niemand zuvor in der Geschichte habe eine siegreiche Armee unternommen, das Volk zu unterwerfen, das sie zu ernähren. Trotzdem habe Präsident Truman dem amerikanischen Kongreß vorgeschlagen, Brotgetreide aufzukaufen, um monatlich 300 000 t an Deutschland liefern zu können. Desgleichen sollen 45 000 t Trockennilch und Tausende von t Fisch gefaßt werden. Doch werde es immerhin eine gewisse Zeit dauern, ehe die tatsächliche Lieferung erfolgen könne. Der Militärgouverneur wandle sich sodann gegen den Schwarzhandel, fordere den vollen Einsatz zur Erfüllung der Abgabenquoten und verurteile das Hamstern von Lebensmitteln. Er forderte ferner eine deutliche Abkehr von der Streikbewegung und strikte Nichtbefolgung jeder Agitation zum Widerstand gegen die Gesetze und Forderungen der Militärregierung und mahnte zu fleißiger Arbeit für die Zukunft Deutschlands.

Das freie Wort

Herr Georg Wilt, Arzt, Karlsruhe, Vorholstr. 19, schreibt uns u. a.: Anknüpfend an die Ausführungen, die Herr Heinrich Bornhäuser in der Ausgabe vom 10. Mai 1947 gemacht hat, möchte ich zu diesem Problem als Bekleidungsfachmann folgende Betrachtungen anstellen:

Nachdem die Stadt Karlsruhe durch die AAK in vorbildlicher Weise an den Wiederaufbau der Stadt herangetreten ist und für die nächsten Jahrzehnte ein Bauprogramm von gewaltigem Ausmaß durchzuführen ist, ist die Sorge und Besorgnis um die Ausstattung der Bauarbeiter mit den hierzu erforderlichen Bekleidungsstücken voll und ganz berechtigt. Soweit es sich um die benötigte Arbeitskleidung handelt, glaube ich bestimmt, daß hier dem notwendigen Bedarf Genüge geleistet werden könnte, wenn man dem Bekleidungsstandwerk mit seinen Anforderungen und Bedürfnissen mit größerem Verständnis von Seiten der zuständigen Behörden entgegenkommen würde. Als Inhaber eines teilschuldigen Bekleidungsstandwerks war es mir bis heute noch nicht möglich, auch nur in geringem Umfange bei der Vergebung von Baumaterialien Berücksichtigung zu finden, mit deren Hilfe es mir jederzeit möglich wäre, meinen Betrieb, wenn auch in kleinerem Rahmen als früher, wieder in Betrieb zu bringen. Während sich die meisten Bekleidungswerke oft nutzlos um den Wiederaufbau ihrer zerstörten Anlagen bemühen, entgehen ihnen andererseits Anfertigungsaufträge die v. staatlicher und kommunaler Behörden an Bekleidungsbetriebe in Württemberg und Hessen vergeben werden.

Jakob Kaiser begrüßt Münchener Ministerpräsidenten-Treffen

Berlin, 19. Mai (DENA). Der erste Vorsitzende der CDU der Sowjetzone, Jakob Kaiser, begrüßte am 17. d. M. in einer Rede auf der Landespartei-Konferenz in Mecklenburg die Initiative des bayerischen Ministerpräsidenten und erklärte, daß diese um so erfreulicher sei, als jetzt auch die Länder den Willen zur Einheit als wichtigsten Faktor ansehen, um der deutschen Not wenigstens teilweise Herr werden zu können. Wenn der bayerische Ministerpräsident noch einen Schritt weiter gehe und auch von einer Prüfung der Möglichkeit politischer Zusammenfassung spreche, so sei das begrüßenswert. „Die Kräfte der Einheit Deutschlands müssen sich aus dem Willen der Parteien und aus dem der Länder entwickeln“, erklärte Kaiser weiter, „dabei wird es nicht zuletzt auch auf die Parteien ankommen, die ihre Stunde erfassen müssen.“

Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 19. Mai (DENA). Patzer Daniel, 5. 12. 1912, Patzer Maks, 10. 5. 1901, Patzer Wilhelm, 10. 8. 1913, Ratz, 26. 5. 1910, Ratz Herbert, 21. 5. 1914, Ratzburg Walter, 20. 5. 1907, Ratzburg, 29. 3. 1908, Sauer Friedrich, 1. 6. 1908, Sauer Hans, 15. 2. 1916, Sauer Johann, 24. 6. 1903, Sauer Johann, 22. 1. 1904, Schabert, 7. 4. 1904, Schabert Gustav, 24. 2. 1910, Schauer Arthur, 18. 10. 1907, Schakel Walter, 21. 2. 1914, Schal Erich, 2. 1924, Staut Günter, 23. 9. 1924, Heideberg Siegfried, 2. 4. 1919, Staub Franz, 3. 6. 1918, Staub Walter, 25. 6. 1920, Teschner Johann, 7. 11. 1904, Alwin, 25. 11. 1928, Thiel Günst, 12. 6. 1914. Fortsetzung folgt

Das „Unternehmen Safari“ in Dänemark

Geheimdokumente deutscher Marine - Hitler wollte nichts rückgängig machen

London, 19. Mai (DENA-Reuters). Die britische Admiralität veröffentlichte am 17. d. Mts. bisher geheimgehaltene Dokumente der ehemaligen deutschen Flotte, in denen drei für den Verlauf des zweiten Weltkrieges von größter Bedeutung getroffene Entscheidungen Hitlers zwischen dem 21. April und 31. Juli 1943 niedergelegt sind. Die Dokumente enthalten Aufzeichnungen aus den Besprechungen Hitlers mit den Leitern der deutschen Flotten in Lüdenscheid. In einem weiteren am 17. d. Mts. veröffentlichten Dokument wird der Hintergrund zu Hitlers Geheimplan „Unternehmen Safari“ aufgezeigt, in dem gemeinsame Maßnahmen des Heeres und der Flotte zur Unterdrückung der Untergrundbewegung in Dänemark während des Krieges vorgesehen waren. Der Plan gelangte auf Befehl Hitlers zur Durchführung. Als Ribbentrop gegen diesen Plan Stellung nahm und gegen die Einmischung des deutschen Oberkommandos in die dänische Angelegenheit protestierte, erklärte Hitler: „Ich denke nicht daran, Maßnahmen rückgängig zu machen, nachdem sie bereits eingeleitet worden sind. Wir können nicht dauernd unsere Befehle nach unseren Launen ändern.“ Das Unternehmen Safari wird im Anfang definiert als Maßnahmen, die gegen die dänische Regierung für den Fall zu ergreifen sind, daß diese politische und wirtschaftliche Zugeständnisse an Deutschland verweigern sollte. Als sich die dänische Regierung weigerte, den Belagerungszustand zu erklären, die Todesstrafe für Streiks und Sabotage zu verhängen und die Pressezensur einzuführen, ver-

Geheimdokumente deutscher Marine - Hitler wollte nichts rückgängig machen

hängen die Deutschen das Standrecht und nahmen den König, die Mitglieder des Kabinetts, die meisten Offiziere der dänischen Streitkräfte und andere prominente Dänen fest. Als die Deutschen versuchten, sich der dänischen Flotte zu bemächtigen, versenkten die dänischen Seeschiffe oder brachten sie nach schwedischen Häfen. In der Konferenz über die Kriegslage am Abend des 28. August war Hitler über die Entwicklung in Dänemark unterrichtet worden, und Ribbentrop erklärte ihm auf Befragen, die ganze Angelegenheit sei rein politischer Natur und es wäre besser gewesen, wenn der Wehrmachtbefehlshaber seine Finger davon gelassen hätte. Spät am Abend erhielten die Deutschen die Nachricht, daß die dänische Flotte Befehl erhalten hätte innerhalb von fünfzehn Minuten einsatzbereit zu sein. Hitler befürchtete, daß die dänische Flotte einen Durchbruchversuch nach Schweden machen könnte. Um dieser Möglichkeit zu begegnen, erhielt der Ausbildungseinheiten der deutschen Marine Befehl, am nächsten Morgen um vier Uhr für das „Unternehmen Safari“ bereit zu sein. Am Morgen des 29. August wurde Hitler davon unterrichtet, daß die Unternehmen durchgeführt sei. Hitler bemerkte dazu: „Wir mußten eine solche Situation in Dänemark gewärtigen. Früher oder später wären wir doch zu solchen Maßnahmen gezwungen gewesen, denn die Dänen sind dauernd einer feindlichen Propaganda ausgesetzt, gegen die wir nichts unternehmen können.“

Bezugskarten, Punkte und Förderleistung

Wenn ein Berufstand heute im Bannkreis der kritischen Betrachtungen seiner Umwelt steht, dann ist es der der Bergmann. Das ist kein Wunder, nachdem ihm durch Bezugskarten und Punkteversorgungsmäßig eine Vorrangstellung eingeräumt worden ist, wie sonst niemanden in diesem kalorienarmen Zeitalter. Sie fällt ihm mehr ins Auge und wird ihm misstrauischer beobachtet, je mehr die Lebenshaltung der übrigen Bevölkerung absinkt und je weniger selbst die Zuteilungen zu erhalten sind, die dem üblichen Normalverbraucher zustehen. Bei aller Kritik am Bergmann und seiner bevorzugten Behandlung besteht die übliche Gefahr der voreiligen und falschen Beurteilung einer Situation, die nur dem geläufig sein kann, der „vom Bau“ ist. Mindestens muß man Gelegenheit haben, von Zeit zu Zeit einmal mit den Männern zu sprechen, von denen feststeht, daß ihr Beruf der körperlich anstrengendste und gesundheitsschädlichste ist. Nur dann kann man zu einer einigermaßen gerechten Würdigung ihrer Lage kommen. Allein auf diese Weise ist auch nur zu erfahren, woran es dem Bergmann trotz allem fehlt. Dabei wird offenbar, daß es nicht nur materielle Sorgen sind, die ihn drücken, daß es viel mehr ideelle Gründe gibt, die ihn beschäftigen und seine Haltung beeinflussen. Die öffentliche Meinung urteilt im allgemeinen nach anderen Gesichtspunkten. Ihr Blick haftet an der Oberfläche. Sie entscheidet nach dem was sie sieht und oft aus wenig zuverlässiger Quelle hört. Daraus entstehen dann vielfach jene Zerrbilder, die nur halb wiedergeben das tatsächliche ist. So war es auch bei der Beteiligung des westdeutschen Bergbaus an dem allgemeinen 24-Stundenstreik Gründonnerstag, den 3. April d. J., Man sah nur die geschlossene Teilnahme der Bergleute den Protest vor gegen die Hunger- und - urteile danach. Die Gründe für die Beteiligung beachtete niemand, kaum jemand bemühte sich, ihnen nachzuspüren. Deshalb war und ist die vorherrschende Meinung, daß die Bergleute am allerwenigsten Grund hätten, zu streiken. Man wirft ihnen vor, daß schon das Bezugskarten- und Punkte-system größtenteils auf Kosten der übrigen Bevölkerung gehe. Durch die Beteiligung am Streik sei ein Förderausfall entstanden, den nur wieder die Allgemeinheit zu tragen hätte; nicht der Bergmann, dem seine Deputatkohle sicher wäre. Der Streik habe nur geschadet und nichts genutzt. Diese Einstellung ist zum Teil richtig. Irgendwelche sichtbaren Erfolge hat die Protestaktion gegen die ungenügende Lebensmittelversorgung nicht gebracht. Im Gegenteil, die Verhältnisse sind noch schlechter geworden als sie waren. Für die 2. Woche der laufenden 101. Zuteilungsperiode wurden noch weniger aufgerufen als in den schon schwachen 96. bis 100. Zuteilungsabschnitten. Sie bleiben nach Feststellungen der Ärztekammer Nordhessen bereits mit durchschnittlich 750 bis 1000 Kalorien erheblich hinter der zugebilligten Tagesmenge von 1550 Kalorien zurück. Was aber aufgerufen wird, kann noch nicht mit Sicherheit voll zugeteilt werden. „Augenblicklich ist leider in Essen nicht 1 Pfund Fleisch greifbar“, versicherte in diesen Tagen der Direktor einer der größten Konsumorganisationen des Reviers. „Wir bemühen uns energisch, wenigstens Wurst zu erwirtschaften, aber auch das ist kaum möglich.“ Das blühen Wurst und Schinken, das zum Verkauf steht, war für Normalverbraucher gesperrt. „Nur auf Punkte“, wurde mir auf meine Frage geantwortet und „Nur auf Bezugskarten“ liest man vielfach in den Schaufenstern der Geschäfte an Artikeln, die ausgesprochene Mangelware sind.

Trotzdem kann nur bedingt behauptet werden, der Bergmann entzöge diese Konsumgüter den übrigen Verbrauchern. Es ist jedenfalls nicht bewiesen, daß die Punkteversorgung zu haben und reichlicher zur Verfügung ständen als so. Selbst wenn das der Fall wäre, muß man sich den Bergbau von Augen halten, daß von den 23 Millionen Einwohnern der britischen Zone nur 450 000 Angehörige des Bergbaus über Punkte verfügen. Das entspricht einem Verhältnis von 1:50. Ein Bergbauangehöriger müßte also mit seinen Bezugskarten und Punkten für die zusätzliche Versorgung von 50 Personen aufkommen. Allein daran ist zu erkennen, wie wenig das Punktesystem als Mittel zur Beschaffung von Konsum- und Gebrauchsgütern die übrige Bevölkerung berechnigt. Sicherlich, wenn auf je 1000 einer bergmännischen Belegschaft etwa 500 kg Speck, 400 kg Kaffee, 250 kg Zucker, etwa 1400 Flaschen Schnaps und 70 000 Zigaretten zur Verteilung kommen, das mengenmäßig allerlei! Aber das halbe Kilo Speck, das auf den einzelnen entfällt, die 400 g Kaffee, das ¼ Kilo Zucker, die etwa 1 ½ Flaschen Schnaps (ca. 1 Liter) und 70 Zigaretten sind schon nicht mehr viel. Dafür werden bereits 45 Punkte von durchschnittlich 50 Punkten verbraucht. Die übrigen reichen knapp für ein Hemd (38 Punkte), oder Schuhe (40 bis 50 Punkte), von einem Anzug (183 Punkte) ganz zu schweigen! Auf den „staatischen Anhang“ von 50 Personen verteilt, die auf jeden Bergbauangehörigen entfallen, bedeutet die Sonderzuteilung nichts mehr! Der Hunger der Gesamtheit wird dadurch nicht größer, ihre Versorgung aber auch nicht schlechter. Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Bergmann an den allgemeinen 24-Stundenstreik Anfang April teilgenommen. Auf der Konferenz des Industrie-Verbandes Bergbau, auf der der Streikbescheid gefaßt wurde, kommt in einer Entschlußklärung zum Ausdruck, daß seit Einführung des Punktesystems

die Kohlenförderung zwar gestiegen, aber die wichtigste Forderung der Bergarbeiterverträge nicht erfüllt sei: die Besserstellung des Bergmanns durch Lebensmittelpunkte. Der Bergmann sollte ablehnen, auf Kosten der übrigen Bevölkerung besterzestellt zu werden. Kein anderer als die Berufsvertretung des Bergmanns selbst hat also seine Bevorzugung vor der Bevölkerung zugegeben. Sie hat nicht gar keine Veranlassung, sie zu leugnen. Sie hätte allerdings die Bedingtheit dieser persönlichen Besserstellung stärker betonen sollen. Dann wäre offenbar geworden, wie fragwürdig sie ist. Abgesehen davon, daß die Zuteilung auf alle verteilt, nicht ins Gewicht fallen muß der Bergmann als Ernähr seiner Familie wieder opern, was er für sich erhält. Damit kann er vielfach nicht einmal die Nahrungsmittel beschaffen, auf die seine Angehörigen zwar Anspruch haben, die ihnen aber schon seit Monaten nicht mehr voll zugeteilt werden. Das gilt auch für die Unverheirateten, der irgendwie familiär gebunden ist und sich mindestens moralisch zur Hilfe und Unterstützung seiner nichtledigen Angehörigen verpflichtet fühlt. Wie schnell sind dann die Zulagen und Sonderzuteilungen bei nicht einmal mehr 800 Kalorien „getauscht“. Es bedeutet aber eine völlige Verkennung der Zusammenhänge zu glauben, die Streikaktion des Bergbaus könne nur im Bergbau entscheidend. Angeblich sollte sie bereits am 1. d. J. auf deutsche Stellen übergehen. Die daran geknüpften Ministererwartung eines Mitbestimmungsrechtes der Schaffenden wurde zum ersten Male enttäuscht, als im Zusammenhang mit der Moskauer Konferenz der

Landeskonferenz der politisch Verfolgten in Stuttgart

Stuttgart, 19. Mai (DENA). Die Umwandlung des „Landesausschusses der politisch Verfolgten des Nazi-Regimes“ in Württemberg-Baden in die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (VVN) wurde am 17. d. Mts. auf der Landeskonferenz der politisch Verfolgten beschlossen. In einer einstimmig angenommenen Entscheidung forderten die Verfolgten des Nazi-Regimes die Absetzung des jetzigen Befreiungsministers Gottlob Kamm. An seine Stelle müsse ein Mann gesetzt werden, der mit rücksichtsloser Energie gegen politische Belastete die Spruchkammerverfahren durchführt. Außerdem fordert die Entschlüsselung ein Verbot für alle ehemaligen Angehörigen eines Nazi-Strafgerichtes, im neuen Staat als Strafrichter oder Spruchkammervorsitzender tätig zu sein. Ein dringender Appell wird in der Resolution an die ausländischen antifaschistischen Mitkämpfer gerichtet. Sie sollten dafür Sorge tragen, daß das vom Hungertode bedrohte deutsche Volk mit Nahrungsmitteln versorgt werde. Die Antifaschisten Deutschlands gäben dafür die Versicherung, in ihrem Kampf für die Errichtung eines demokratischen friedlichen Deutschlands nie zu erlahmen. In der Diskussion stellten die Verfolgten des Nazi-Regimes übereinstimmend fest, es müsse immer wieder daran erinnert werden, daß die Antifaschisten es gewesen seien, die das deutsche Volk vor der Katastrophe, in die es geführt worden sei, bewahren wollten. Es gehe dem politisch Verfolgten nicht um materielle Vorteile, sondern um ihre Stellung zum demokratischen Wiederaufbau Deutschlands, erklärte Karl Kaim, der erste Vorsitzende des Landesausschusses der politisch Verfolgten in Württemberg-Baden. Dr. Rudolf Agricola, der Lizenzträger der Rhein-Neckar-Zeitung, betonte, daß aus der illegalen eine legale Widerstandsbewegung werden müsse. Nur wenn die politisch Verfolgten in ihrer politischen Haltung eine Garantie für die demokratische Entwicklung bieten würden, seien die Opfer der Toten der Widerstandsbewegung nicht vergeblich gewesen. „Wir dürfen nicht nur politisch verfolgt sein“, erklärte Dr. Agricola, „sondern wir müssen auch das Herz des demokratischen Wiederaufbaus werden.“ Die jetzige Justiz griff Rechtsanwalt Fr. August Hoffmann scharf an. Es sei ein Unding, daß ein ehemaliger Landesgerichtsdirektor beim Sondergericht Karlsruhe heute als Spruchkammervorsitzender in Karlsruhe fungiere. Er forderte die sofortige Wiedererrichtung von Schöffen- und Schwurgerichten.

Termin auf den 1. 5. verschoben wurde, wie es heißt. Die Sicherung der Rechte ausländischer Bergwerksaktionäre soll dabei mitbestimmend gewesen sein. Neudings soll vorläufig gar keine deutsche Verwaltung für die Übernahme des Ruhrbergbaus in Frage kommen. Die Möglichkeit sei zwar erörtert, aber noch nicht endgültig entschieden worden, wird in einer amtlichen britischen Erklärung gesagt. Diese Entwicklung hat Mißtrauen erregt. Es wird noch dadurch gefördert, daß gleichzeitig von einem Besuch amerikanischer Finanziers im Ruhrgebiet berichtet wird. Die drastischen Beschränkungen der Gewerkschaftstätigkeit in den USA sind ebenfalls nicht ohne stimmungsmäßige Wirkung geblieben. Die Meinungsverschiedenheiten über das Nachholende der am 3. April nicht verfahrenen Schicht oder den Verfall von einem Fünftel der Punkte sowie der Bezugabschnitte für Schnaps und Tabak, erhöhen die Spannungen. Auch das Dreimächtenkommen über den Kohlenexport hat innerhalb der bergmännischen Belegschaft insofern enttäuscht, als es zwar für die Zukunft, aber nicht für die Gegenwart den innerdeutschen Belangen Rechnung trägt. Alle diese Momente haben dazu beigetragen, das bisher höchste Fördererzeugnis mit einem Wert von 238 000 t am 21. März auf täglich etwa 220 000 t absinken zu lassen, trotz einer ständig ansteigenden Exportnachfrage. Dadurch ist der gesamte Exportplan fragwürdig geworden, da er von durchschnittlich 240 000 t Tagesleistung im April allein im Ruhrbergbau ausgeht. In diesem Durchschnittswert ist tatsächlich 200 000 t. Wie weit dieser Stillstand in Kürze überwunden wird, ist schwer zu sagen, zumal die Bergleute überlegend im Zustand des Pessimismus verharren, den nur noch Tatsachen zu überzeugen vermögen. (WLD)

Freunde unserer Jugend

Das sind sie wirklich geworden, die Männer der Constabulary, die Sonntag für Sonntag ihre stabilen Mannschaften...

Politisch

Die Umstände des Regimes, die Vereinigungen, die auf der Verfolgung insistent sind...

Internationale Fernsprech- und Telegraphenverkehr

Aus der vereinigten britischen/US-Zone sind folgende europäischen Ländern der Fernsprechverkehr...

Kleingeld bereitstellen

Nach den Beförderungsbedingungen der Straßenbahn ist das Fahrgeld "möglichst abgezahlt" bereitzustellen...

Veranstaltungen Karlsruher Gesangvereine

Scheffelfeier der „Konkordia“ ist auch in diesem Jahr begehrt der Gesangsverein „Konkordia“ am Himmel...

Berliner Brief

Einmal war die Wiedereröffnung des verfallenen, aber als Eigenwesen auf dem Thron von Märchenmonarchie...

Komponist und Kritiker

Im Hinblick auf das bevorstehende Konzert Erwin Grosses mit eigenen Werken veröffentlichten wir auszusagen...

Freiheit oder Diktatur?

Während vor kurzem Erich Gniffke von Berliner Zentralausschuß der SED in Karlsruhe die Ziele seiner Partei darlegte...

KURZE STADTNOTIZEN

Neue Fernsprechbücher. Die Ausgabe der neuen Fernsprechbücher hat begonnen...

Verbandstag der Angestelltenverbände

In der Zeit vom 5. bis 7. September d. J. wird der Angestelltenverband Württemberg-Baden seinen zweiten Verbandstag in Karlsruhe durchführen.

Zugunsten der Kinderhilfe der Stadt

Am 16. und 17. Mai 1946 hat der Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß Bauschutt, auf Kosten des Räumenden...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Freiheit oder Diktatur?

Während vor kurzem Erich Gniffke von Berliner Zentralausschuß der SED in Karlsruhe die Ziele seiner Partei darlegte...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Ideenwettbewerb der Stadt Ettlingen

Aus dem Ideenwettbewerb der Stadtgemeinde Ettlingen gingen als Preisräuber hervor: 2. Preis Dipl.-Ing. (Architekt) Adolf Hog, Ettlingen; 3. Preis Dipl.-Ing. (Architekt) Peter Glens, Ettlingen; 3. Preis Dipl.-Ing. Cuno Wilderer, Karlsruhe; 3. Preis Architekt Carl Th. Fritz, Karlsruhe...

Die Fische werden nachgeliefert

Auf das in der Samstagnummer veröffentlichte Telegramm der DVP Karlsruhe, in dem die Fische für den kommenden Sommer in großer Menge nachgeliefert werden sollen...

Entscheidung des Landesjugendausschusses

Die Abteilung für Erziehung und Bildung des Landesjugendausschusses für Nordbaden hat auf ihrer Tagung am 5. Mai 1947 in Karlsruhe Stellung genommen zur Ernährungsfrage und ihrer Einwirkung auf den Gesundheitszustand der Jugend...

Schiebungen beim Karlsruher Hochbauamt

Wegen Bestechung wurde am 8. Mai 1947 Karl Wirth, Beamter des Südt. Hochbauamtes, vom Amt gerichtlich Karlsruhe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt...

Karlsruher Spruchkammer

In der 38. öffentlichen Sitzung der Spruchkammer III, Karlsruhe, wurde am Samstag, den 15. Mai 1947, der Vorsitzende der Volksgenossen, Wilhelm Richter, verhandelt...

Aus der Arbeit des Karlsruher Roten Kreuzes

In seiner Mitgliederversammlung am 4. 5. 1947 hat der Kreisverein Karlsruhe im Badischen Landesverein vom Roten Kreuz die neuen Satzungen des Vereins einstimmig angenommen...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Freiheit oder Diktatur?

Während vor kurzem Erich Gniffke von Berliner Zentralausschuß der SED in Karlsruhe die Ziele seiner Partei darlegte...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Ideenwettbewerb der Stadt Ettlingen

Aus dem Ideenwettbewerb der Stadtgemeinde Ettlingen gingen als Preisräuber hervor: 2. Preis Dipl.-Ing. (Architekt) Adolf Hog, Ettlingen; 3. Preis Dipl.-Ing. (Architekt) Peter Glens, Ettlingen; 3. Preis Dipl.-Ing. Cuno Wilderer, Karlsruhe; 3. Preis Architekt Carl Th. Fritz, Karlsruhe...

Die Fische werden nachgeliefert

Auf das in der Samstagnummer veröffentlichte Telegramm der DVP Karlsruhe, in dem die Fische für den kommenden Sommer in großer Menge nachgeliefert werden sollen...

Entscheidung des Landesjugendausschusses

Die Abteilung für Erziehung und Bildung des Landesjugendausschusses für Nordbaden hat auf ihrer Tagung am 5. Mai 1947 in Karlsruhe Stellung genommen zur Ernährungsfrage und ihrer Einwirkung auf den Gesundheitszustand der Jugend...

Schiebungen beim Karlsruher Hochbauamt

Wegen Bestechung wurde am 8. Mai 1947 Karl Wirth, Beamter des Südt. Hochbauamtes, vom Amt gerichtlich Karlsruhe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt...

Karlsruher Spruchkammer

In der 38. öffentlichen Sitzung der Spruchkammer III, Karlsruhe, wurde am Samstag, den 15. Mai 1947, der Vorsitzende der Volksgenossen, Wilhelm Richter, verhandelt...

Aus der Arbeit des Karlsruher Roten Kreuzes

In seiner Mitgliederversammlung am 4. 5. 1947 hat der Kreisverein Karlsruhe im Badischen Landesverein vom Roten Kreuz die neuen Satzungen des Vereins einstimmig angenommen...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Freiheit oder Diktatur?

Während vor kurzem Erich Gniffke von Berliner Zentralausschuß der SED in Karlsruhe die Ziele seiner Partei darlegte...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Leichenhalle als Schlachthaus

Unter diesem Titel erschien in der Nummer 18 ein Bericht über Schwarzschlachter, die in der Leichenhalle das alte Frischfleisch...

Deutsche Malerei des 19. Jahrhunderts

Der Central Collecting Point Wiesbaden (eine der beiden in der amerikanischen Zone) zeigt in dieser seiner fünften Ausstellung...

Wohin gelangen nun die wenigen für unsere Zone bestimmten Textilwaren?

Zu dem aktuellen Thema, über das Dr. Theresia Sanders bei der Karlsruher Frauengruppe sprach, hatte sich eine stattliche Zahl von Zuhörern eingefunden...

Thiermarkt

Schlachtpferde sowie verunglückte kauft laud. Pferde... Kuh m. Kalb zu verkaufen... 1/2 J. Rind gg. Ziege, Kunz...

Kaufgesuche

Automotoren, gebr. od. def. und Einzelteile... BMW, Borgward, DKW, Fiat, Ford, Hanomag... Leichter Beiwagen v. Bein...

Schrank od. Komm., gut erh. l. einen Betriebsangehörig... Dezimalwaage, dring. zu kf. ges. Schritt. Herrmann... Kinderwagen, gut erh., zu...

Bücher, Romane all. Art. Biograph., Reisebesch. usw. zu kaufen gesucht... Literaturgeschichte zu kaufen gesucht... Hühnerstall zu kaufen ges...

Motorradreifen, Draht, 3.50/19, neuw., gg. Matratzen oder Matratzen-Drell... Motorradakku, 6 V., neu, gg. Motorradmantel... Wara-Batterie, 12 V., fast neu...

Sommerkleid, Gr. 44, fast neu, neuer Gummistrumpf, geg. D-Schuhe... Scha-Kostüm, Gr. 42, neuw., gg. eleg. Sportschuhe... Graues Kostüm, Wolle, g. Ol. Stoll, Khe., Südendstr. 33...

H.-Ld.-Halbsch., br., 44/45, gg. 1,30 m H.-Hosenst. Stoppuhr gg. H.Armbanduhr... H.-Sporthalbschuhe, Gr. 41, gt. erh., ledergefüßt... H.-Lederhalbschuhe, neu, Gr. 41 od. 42 gg. gg. Leghühner...

D.-H.-Schuhe, Leders., schw., Gr. 38, gg. schw. Pumps... Wd. D.-Sommerschuhe, 40, Led., gg. Sommerstoff... Br. D.-Schuhhalbschuhe, 38, neuwert., gg. D-Schuhe... Wohn- od. Es-Zimmer, mod. eleg., gg. PKW in gut. Zust., evtl. Aufzahl...

Wohn- od. Es-Zimmer, mod. eleg., gg. PKW in gut. Zust., evtl. Aufzahl... Email. Küchenherd, gebr., gg. Anzugstoff od. Radio... Kochherd, neu, 3 L., Schiff, geg. Zimmerlepp., 2,5x3 m... K.-Herd, f. neu, geg. Radio...

Kindersportwagen, neu, geg. Fahrradbr., 26 1/2 od. 28 1/2 Gaier, Pforzheim-Dillstein... K-Sportwagen, geg. eleg. D-Jacke od. Schuhe... Korbkindergarten, fast neu, m. Matr., gg. Sloff od. Kostüm... Neu. komb. Herd, Gas/Kohle...

Gebo... Schönes B.-Ol. Daxlam Kinderbett... Klavier, Büffet Maschin... Klavier, Büffet Maschin... Klavier, Büffet Maschin... Klavier, Büffet Maschin...

